

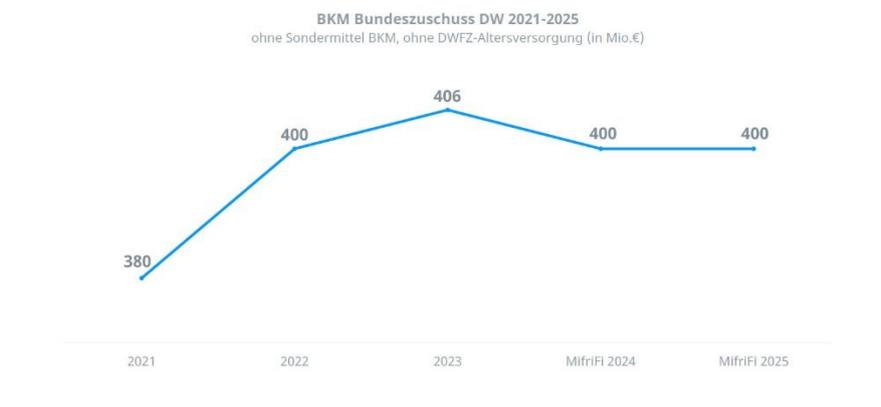


DJV-Positionspapier zur Deutschen Welle

Die Ausgangslage:

Politisch war der mittelfristige Ausbau der DW auf ein Finanzniveau von 470 Mio. Euro vorgesehen, auch im Koalitionsvertrag ist die Stärkung des Auslandssenders festgeschrieben. Dennoch wurde das Ausbauszenario 2023 gestoppt. Das Budget wurde 2023 nur minimal angehoben. Für die kommenden Jahre befürchtet die DW ein Einfrieren der Mittel bei rund 400 Mio. Euro. Für 2024 gibt es noch keinen Etat. Deshalb soll jetzt vorsorglich gespart werden.

Finanzielle Ausgangslage Aufgabenplanung 2022-2025



Die Pläne der Geschäftsleitung:

Intendant Peter Limbourg verkündete am 17. März 2023 drastische Einschnitte beim Personal. 2024 sollen insgesamt 20 Millionen Euro eingespart werden. Davon sollen 10 Millionen aus Investitionskürzungen und verschobenen Ausgaben kommen. Die anderen 10 Millionen will Limbourg im Programm kürzen: Der deutsche TV-Kanal wird eingestellt, klassische Kulturberichterstattung soll es kaum mehr geben, die Wirtschaftsberichterstattung wird gekürzt und der Sport (Budget aktuell 6 Millionen) wird mittelfristig auf 1,5 Millionen Euro Budget geschrumpft.

Die Konsequenzen:

Die DW hat an ihren Standorten Bonn und Berlin rund 4.000 Beschäftigte. Die Zahl der Mitarbeitenden ist an beiden Standorten ungefähr gleich, allerdings unterscheidet sich die Art der Vertragsverhältnisse deutlich. Während am Standort Bonn überwiegend angestellte

Kolleginnen und Kollegen arbeiten, handelt es sich bei den Mitarbeitenden in Berlin zu 2/3 um sogenannte „feste Freie“. Deren Arbeitsleistung kann – mit Einhaltung tariflicher Fristen - jederzeit eingeschränkt oder beendet werden. Außerdem sind bei der DW rund 450 Menschen mit Fristverträgen beschäftigt. Auch diese können fristgerecht auslaufen.

Insgesamt will die Geschäftsleitung 100 Vollzeitäquivalente streichen. Nach derzeitigen Plänen werden davon rund 300 Kolleginnen und Kollegen betroffen sein. Das sind knapp 10 Prozent aller freien Mitarbeitenden.

Die Einsparungen sollen vor allem in den Bereichen vorgenommen werden, die bereits in der Vergangenheit von Kürzungen im Rahmen interner Umschichtungen betroffen waren, die von der Geschäftsleitung der DW als „strategische Kürzungen“ bezeichnet werden. Es geht um die klassischen Ressorts Wirtschaft, Kultur, Sport und den deutschen TV-Kanal.

In diesen Bereichen arbeiten Kolleginnen und Kollegen, deren Muttersprache Deutsch ist, die über ausgewiesene journalistische Fachexpertise verfügen und die seit vielen Jahren für die DW tätig sind. Sie legen bisher die Grundlage für die Berichterstattung der übrigen Sprachredaktionen. Deren Inhalte werden von den Sprachen für ihre jeweiligen Regionalangebote adaptiert. Damit stellen sie maßgeblich den gesetzlichen Auftrag der DW laut DW-Gesetz sicher.

Deutsche Welle ohne deutsche Sprache:

Wenn der deutsche TV-Kanal 2024 abgeschaltet wird, gibt es keinen gesicherten Auspielweg mehr für Beiträge in deutscher Sprache. Es ist daher absehbar, dass es mittelfristig keine Beiträge in deutscher Sprache mehr geben wird - egal auf welchem Kanal oder welcher Plattform. Das betrifft auch die Aktualität des deutschen Sprachkursangebots. Mit dem Abschalten des deutschen TV-Kanals und der massiven Reduktion der deutschsprachigen Fachressorts legt der Intendant die Axt an die Identität der Deutschen Welle. Er behauptet zwar, dass es weiterhin deutsche Inhalte geben werde, doch wie diese aussehen, von wem sie produziert und auf welchem Wege sie verbreitet werden sollen, ist völlig unklar. Auch ein digitales Nachrichtenangebot und eine deutsche Startseite wird es mittelbar nicht mehr geben. Schon jetzt sind alle Honorarmittel für freie Mitarbeiter*innen in diesem Bereich gestrichen.

Intendant Limbourg betont, dass es weiterhin Angebote für Deutschlernende, sprich Sprachkurse, geben wird. Hier ergibt sich der spezifische Beitrag der deutschen Welle aus dem redaktionellen Aktualitätsbezug zur Vermittlung der Inhalte, wie etwa dem Angebot der langsam gesprochenen Nachrichten. Genau diese Art von Angebot ist aber mit den geplanten Kürzungen bedroht. Auch bleibt offen, wie sich die DW von der angelsächsischen Konkurrenz unterscheiden soll, wenn sie keine Inhalte mehr in deutscher Sprache verbreiten. Es gibt weltweit ca. 100 Auslandssender, von denen verzichtet – bis auf CCTV– keiner auf die eigene Sprache.

Ziel des Intendanten ist, die DW von einem deutschen Auslandssender zu einem „international tätigen Medienunternehmen“ umzugestalten. Dazu möchte Limbourg die Verbreitung von Inhalten via linearen TV-Kanälen zurückfahren. Die Inhalte sollen künftig nur

noch via Facebook, TikTok, YouTube etc. verbreitet werden. Über Plattformen also, auf welche die DW keinen Einfluss hat. Sie verfolgen im Gegensatz zur DW kommerzielle Interessen und ändern ihre Algorithmen nach Belieben. Die Tatsache, dass gerade DW-Userdaten auf TikTok von autoritären Regimen missbraucht werden könnten, blendet die Geschäftsleitung der DW aus.

Die DW betreibt den Kahlschlag dort, wo sie selbst Herr über den Verbreitungsweg ist.

Die Geschäftsleitung betont, dass außer dem deutschen und englischen Programm keine weiteren Sprachangebote der DW betroffen sein sollen. Die 30 „Regionalsprachen“ sollen perspektivisch - trotz Kürzungen des Gesamtbudgets der DW – gestärkt werden. Dies könnte sich ebenfalls als Trugschluss erweisen. Durch den Aufbau von „Regionalstudios“ vor Ort wurden bereits in der Vergangenheit Redaktionen in Bonn verkleinert und redaktionelle Strukturen ins Ausland verlagert. Dies geht nicht nur mit einem erheblichen Entscheidungs- und Kontrollverlust einher, sondern führt auch zu erheblichen Konflikten zwischen Teilen der Redaktion in Deutschland und im Ausland darüber, wo eigentlich die Programmhoheit liegt. Durch die Auslagerung von Teilredaktionen wird außerdem der nur in Deutschland geltende Tarifvertrag ausgehöhlt und die Mitbestimmung durch die Personalräte umgangen. Nicht zuletzt sind die technische und verwaltungstechnische Infrastruktur der DW keinesfalls auf ein weltweites Netzwerk von Außenstudios ausgelegt. Das dadurch notwendige Outsourcing birgt die Gefahr, dass etablierte Qualitätsstandards dauerhaft sinken

Zusammenfassung:

Die Geschäftsleitung der DW nimmt die drohende Finanzierungslage als Begründung für einen radikalen Stellenabbau wie es ihn beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk selten gegeben hat. Einsparungspotentiale außerhalb des Programmbereichs wurden bisher nur unzureichend geprüft. Vielmehr soll mit den Kürzungen der Umstieg weg von der linearen Ausstrahlung hin zur Bereitstellung von Inhalten auf kommerzielle Plattformen beschleunigt werden. Dieser Prozess wird auf dem Rücken langjähriger Beschäftigter mit den schwächsten Arbeitnehmerrechten ausgetragen. Die DW hat bisher nicht erkennen lassen, ob sie im Fall der Durchsetzung der beabsichtigten Maßnahmen zu einem Sozialplan für die Betroffenen bereit ist.

Bonn/Berlin, April 2023